



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 11831 - 33
Fernschreiber 1186890

P/XIV/123 - 5. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	"Zyniker der Macht" Von Franz Barsig	59
2 - 3	Spannungsgeladenes Wochenende Bericht von der Außenminister-Konferenz in Genf	94
4 - 5	Die Tagung von Saltsjöbaden Vereinigung oder Auseinanderbrechen der Wirtschaft im Freien Europa	67
6 - 7	Ein erstes "Guckloch" geschaffen Vereinbarung über deutsch-sowjetischen Kulturaustausch	87

* * * * *
* * * * *

"Zyniker der Macht"

Von Franz Barsig

Es war vor wenigen Tagen. Dr. Adenauer weilte anlässlich des Begräbnisses des früheren amerikanischen Außenministers Dulles in Washington. Als ihn dort Journalisten auf die Möglichkeit ansprachen, vielleicht doch auf die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten zu verzichten und statt dessen Bundeskanzler zu bleiben, sagte Adenauer: "Meine Herren, ich will die Journalisten nicht beleidigen, aber manchmal haben sie doch zu viel Phantasie."

Was vor einer Woche als blühende Phantasie abgekanzelt wurde, ist heute Ereignis. Niemand kann zur Stunde sagen, welches Ergebnis die Beratungen in der CDU/CSU-Fraktion haben werden, aber, welchen Gang die Dinge auch nehmen werden, zur grundsätzlichen Beurteilung reicht der vorliegende Tatbestand völlig aus.

In der Haushaltsdebatte des Bundestages am Donnerstag dieser Woche sprach der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion von Adenauer als dem "Zyniker der Macht". Er hat nicht ahnen können, dass diese Wort noch am Abend des gleichen Tages so demonstrativ bestätigt werden sollte. Zwar spricht man heute schon davon, dass Adenauer sich zu diesem Schritt entschlossen habe, um angesichts der Genfer Schwierigkeiten die Kontinuität der Außenpolitik zu gewährleisten, in Wirklichkeit aber sind es ganz andere Gründe, die ihn zu diesem Schritt veranlasst haben.

Der wichtigste dürfte sein, dass Adenauer sich in der Zwischenzeit durch das Grundgesetz und vielleicht durch seine eigene Fraktion hat darüber belehren lassen müssen, dass es eben nicht möglich ist, in der Villa Harmerschmidt eine Art Überregierung einzurichten, die am langen Zügel nach wie vor die Richtlinien der Politik bestimmt.

Hinzu kommt, dass es ihm offenbar nicht gelingen wollte, für das Amt des Bundeskanzlers, einen Strohmann vorzuschicken, während er in Wirklichkeit der Regierungschef im Hintergrund bleibt.

Das allein und nicht die Aussenpolitik hat Adenauer veranlasst, eigenmächtig und eigensinnig einen neuen einsamen Beschluss zu fassen. Die Folgen dieses einsamen Beschlusses hat die deutsche Demokratie zu bezahlen, denn was sich hier abgespielt hat, ist eine Missachtung der Demokratie, ist ein Schachergeschäft, das man glaubt mit den höchsten Staatsämtern betreiben zu können.

Was Adenauer von der Demokratie hält, das hat er in der Haushaltsdebatte am Dienstag dieser Woche noch einmal unter Beweis gestellt, als er ihren höchsten Sinn darin sah, sich gegenseitig Mandate abzujagen. Dass es neben Wahlen und Wahlkämpfen auch in diesen Zeiten gilt, die Grundsätze der Fairness, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie zu bewahren - das Gefühl ging ihm immer ab und er hat jetzt erneut bewiesen, dass diese Aussage zu recht besteht.

In drei Wochen soll die Bundesversammlung den neuen Bundespräsidenten wählen. Eine Aufgabe, die zu den höchsten und ernstesten in diesem Staat gehört. Seit einem halben Jahr aber wird damit Schindluder getrieben, denn schon die Vorgänge, die sich um die Kandidatur Erhard abspielten, haben nicht dazu beigetragen, die Würde im Staate zu schützen. Gewiss, man kann auch aus der jetzigen Lage einen Ausweg finden, aber es wird viel Vertrauen des Bürgers zu seinem Staat auf der Strecke bleiben.

Die Sozialdemokratie mahnt in dieser Stunde alle, die die Demokratie in diesem Lande und die höchsten Staatsämter nicht weiter zum Spielball von persönlichem Egoismus und Machthunger herabgewürdigt wissen wollen. Sie hat darüber hinaus eine weitere wichtige Aufgabe, nämlich in dieser Zeit zu beweisen, dass sie eine geschlossene politische Kraft ist, die bereit ist, das zu verteidigen, von dem es im Grundgesetz heisst: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Spannungsgeladenes Wochenende

G.M., Genf

Selbstverständlich beherrschte das "Thema Adenauer" am Freitagmorgen alle Diskussionen am Rande der Genfer Außenminister-Konferenz, aber auch in den Delegationen selbst. Allgemein wurde die Auffassung vertreten, daß Adenauers Ankündigung, er wolle nun doch nicht für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren, der Ausdruck eines Versuchs sei, die bundesrepublikanische Politik fest in der Hand zu behalten und auf diese Weise vielleicht sich anbahnende Kompromisse zwischen Ost und West wie bisher zu blockieren. Man betrachtet hier weniger die innerpolitische Seite dieses außergewöhnlichen Vorganges, da ja naturgemäß in Genf die meisten politischen Fragen unter dem Aspekt der Außenpolitik gesehen werden. Selten war jedoch das Urteil über Adenauer so einmütig wie diesmal: Der Mann kämpft um die Erhaltung des Status quo in Europa, weil er sich in seinem hohen Alter einfach nicht vorstellen kann, daß Änderungen der bisherigen Politik möglich sind.

Daß Adenauer bei diesem Kampf in der Wahl seiner Mittel nicht zimperlich ist, wird mit dem Hinweis darauf vermerkt, daß seine "plötzliche Sinneswandlung" in dem Augenblick bekanntgegeben wurde, da der von der CDU-Fraktion vorgesehene Kanzler-Nachfolger, Professor Ludwig Erhard, weit vom Schuß, in den Vereinigten Staaten, weilt.

Nervenkrieg wird fortgesetzt

Die zwei sogenannten Geheimsitzungen der vier Außenminister am Donnerstag sollen - wie diesmal völlig übereinstimmend bei den Russen, Amerikanern, Engländern und Franzosen versichert wird, keinen Fortschritt in Richtung auf einen Kompromiß in der Berlin-Frage gebracht haben. "Stationär" - lautet das allgemeine Urteil über diesen Tag. Darunter wird die Fortsetzung des Nervenkrieges verstanden, der zu Beginn dieser Woche mit den vorsichtig abtastenden Vorschlägen zur Erhaltung des Status quo für Berlin eingesetzt hatte.

An den Vorschlägen selbst, über die wir gestern berichteten, hat sich nichts geändert. Es wurde allerdings bekannt, daß Gromyko noch einmal versucht hat, die "Souveränität der DDR" ins Spiel zu bringen, als die vier Außenminister das Problem der Zugänge zu Berlin diskutieren wollten. Hier hat Gromyko formell erklärt, die Sowjetunion wolle und könne nicht der DDR in deren Entscheidungen hineinreden, da sie ein souveräner Staat sei.

Die Westmächte ihrerseits sind auf der bekannten Position verblieben, wonach sie einer Kontrolle der Zugänge nach Berlin durch DDR-Beamte nur zustimmen würden, wenn diese "im Auftrage der Sowjetunion" in Funktion treten und wenn eine solche Prozedur in einer Vereinbarung zwischen den Westmächten und den Sowjets festgelegt wird. Auch haben die Westmächte, dem Vernehmen nach, bisher die Forderung der Sowjets abgelehnt, Angehörige der sowjetischen Armee symbolisch an der Besetzung Westberlins durch alliierte Truppen zu beteiligen.

Neue Instruktionen ?

Aber auch dieser Stand der Verhandlung über die Berlin-Frage, dürfte nur provisorisch sein. Man erwartet, daß die DDR-Delegation in der nächsten Woche nach den Moskauer Gesprächen zwischen Ulbricht und Chruschtschow mit neuen Instruktionen nach Genf zurückkommen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei Wiederaufnahme der Verhandlungen Überraschungen im negativen oder positiven Sinne zu erwarten sind, denn auch auf westlicher Seite will man das Wochenende für die Einholung neuer Instruktionen benutzen.

Der amerikanische Verteidigungsminister McElroy kehrt nach den Vereinigten Staaten zurück. Vorsichtig wurde von Mitgliedern der amerikanischen Delegation angedeutet, McElroy überbringe Eisenhower einige am Rande der Außenminister-Konferenz von den Russen gemachte Vorschläge zum Problem der militärischen Entspannung in Mitteleuropa. Diese Vorschläge - so heißt es - müßten in Washington von den Experten des Verteidigungsministeriums analysiert und daraufhin überprüft werden, ob durch ihre Annahme die Verteidigungskraft des Westens in Europa geschwächt wird. Gleichzeitig wird jedoch betont, daß es sich bei der Erörterung dieser Fragen nicht um einen Verhandlungsgegenstand der Außenminister-Konferenz, sondern um eine Vorbereitung für die Gipfelkonferenz handele. Trotzdem läßt man durchblicken, daß auch eine Zwischenentscheidung Eisenhowers zu den russischen Vorschlägen das Klima der Außenminister-Konferenz wesentlich beeinflussen könne.

Welche Instruktionen Außenminister von Brentano aus Bonn mitbringt, wird sich bald zeigen. Die Ablehnung des DDR-Vorschlages, zwischen der Bundesrepublik und der sowjetischen Besatzungszone einen sogenannten Nichtangriffspakt abzuschließen, wird hier nicht weiter vermerkt. Die Haltung der Bundesrepublik in dieser Frage entspricht den bisherigen Gepflogenheiten und der prinzipiellen Nichtanerkennung der Existenz eines zweiten deutschen Staates.

Bei den Franzosen hat man den Eindruck, daß sich ihre Aufmerksamkeit viel mehr auf das Algerien-Problem konzentriert, als auf die Genfer Verhandlungen. Der plötzliche Besuch des französischen Botschafters in Marokko bei Außenminister Couve de Murville in Genf hat das Gerücht entstehen lassen, daß Mitglieder der französischen Regierung auf dem neutralen Boden der Schweiz eine Zusammenkunft mit der algerischen Rebellen-Regierung zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Algerien vorbereiten. Das französische Konferenz-Team zeigt bei jeder sich bietenden Gelegenheit ostentativ den Wunsch der französischen Regierung, nichts am gegenwärtigen Zustand der Teilung Deutschlands und Europas zu ändern. Nur hin und wieder wird angedeutet, daß Frankreich auf dem Gipfeltreffen eine Vermittlerrolle zu spielen gedenke und sich deshalb jetzt nicht exponieren wolle.

"Gegenseitige Aufrechnung"

In Genf haben die Veröffentlichungen über die Aufdeckung von Spionagenetzen, Untergrundtätigkeiten in West und Ost keinen großen Eindruck hervorgerufen. Man sagt hier im allgemeinen, das ganze sei ein gegenseitiges Aufrechnen von längst bekannten Tatbeständen, mit denen sich die Geheimdienste beider Seiten ständig beschäftigen. In der Sache - so wird von Konferenz-Besuchern erklärt - bringen diese Veröffentlichungen kein Novum in den Konferenzablauf und sind bestenfalls dazu geeignet, als Stoff für kriminalistisch-politisches Feuilleton zu dienen.

Die Tagung von Saltsjöbaden

R.H. Stockholm

In Saltsjöbaden bei Stockholm tagen hohe Staatsbeamte der "Äusseren Sieben", also jener Länder der OEEC (Organisation für Wirtschaftszusammenarbeit in Europa), welche sich durch den Zusammenschluss der "Inneren Sechs" zur EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) benachteiligt fühlen. Monatelang haben die "Äusseren Sieben", Grossbritannien, Schweden, Dänemark, Norwegen, Schweiz, Österreich und Portugal eine Verständigung mit der EWG hinsichtlich einer grossen europäischen Freihandelszone gesucht. Die Bemühungen sind gescheitert, hauptsächlich wohl an dem Widerstande Frankreichs.

Obwohl die am 1. Januar 1959 erfolgte erste Zollsenkung innerhalb der EWG nicht nur deren Partnern, also der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und den Beneluxländern, zugute gekommen ist, wirft die künftige Entwicklung der EWG ihre Schatten voraus. In den skandinavischen Ländern, in Grossbritannien, in der Schweiz und in Österreich hören zum Beispiel die Maschinen-Exporteure immer häufiger von ihren bisherigen Kunden im EWG-Bereiche, dass diese ihre Maschinen künftig lieber in einem EWG-Lande kaufen werden, weil Ersatzteile und Ergänzungen infolge des Abbaues der Zölle innerhalb der EWG wohlfeiler zu haben sein werden. Ähnlich ist es in anderen Branchen auch.

Die "Äusseren Sieben" wollen dieser, für sie ungünstigen Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Um einen Ersatz für die möglichen Exportausfälle im EWG-Bereiche zu schaffen, erwägen nun die Wirtschaftsexperten der "Äusseren Sieben" in Saltsjöbaden, die Zollmauern und Handelshindernisse zwischen den "Sieben" zumindest ebenso rasch abzubauen, wie es die EWG tut. Als erste Massnahme ist eine 20-prozentige Zollsenkung für den 1. Juli 1960 in Aussicht genommen. Die Londoner "Financial Times" berechnete, dass Grossbritannien seine Exporte auf Kosten der Bundesrepublik und Hollands pro Jahr um 1200 bis 2400 Millionen DM erhöhen könnte, wenn die Zollmauern zwischen den "Äusseren Sieben" einigermassen rasch fallen. Ähnlich wird in den anderen Ländern argumentiert. Dadurch kämen automatisch die "Äusseren Sieben" in einen schweren Konkurrenzkampf mit der EWG (wenn man schon das un-

angenehme Wort "Handelskrieg" vermeiden will).

Dänemark befindet sich bei diesen Verhandlungen in einer besonders ungünstigen Lage, denn seine Hauptabnehmer, die Bundesrepublik und Grossbritannien, befinden sich teils innerhalb, teils außerhalb der EWG. Ausserdem stellt der traditionelle Export von Agrarprodukten Dänemark vor besondere Schwierigkeiten. Der dänische Aussenminister Krag hat daher im Einvernehmen mit seinen belgischen Kollegen Vigny und nach Vorbesprechungen in Oslo einen Vermittlungsvorschlag veröffentlicht, demzufolge die drei Beneluxländer und die drei skandinavischen Staaten einen neuen Versuch machen sollen, um Gespräche aller 17 OEEC-Staaten über eine grosse Freihandelszone in Gang zu bringen, bevor sich Europas Wirtschaft auseinanderentwickelt hat.

In der Bundesrepublik scheint man die Besprechungen in Saltsjöbaden nicht allzu ernst zu nehmen. In angesehenen Zeitungen kann man lesen, dass höchstens eine ziemlich lose Union mit starken zentrifugalen Kräften zu erwarten sei und dass den 160 Millionen Einwohnern der EWG-Staaten nur 88 Millionen in den "Äusseren Sieben" gegenüberstehen. Nun, die zentrifugalen Kräfte innerhalb der EWG sind kaum geringer als bei den "Äusseren Sieben" und der Unterschied in den Bevölkerungszahlen wird mehr als aufgehoben durch die potentielle Kaufkraft zum Beispiel der Skandinavier sowie durch das riesige Hinterland Grossbritanniens in Übersee. Allein eine Umorientierung der schwedischen Importeure von Deutschland auf Grossbritannien, den Hauptabnehmer Schwedens, würde vielen deutschen Wirtschaftszweigen Ausfälle verursachen, die innerhalb der EWG nicht wettgemacht werden könnten.

In einer Zeit, da die Sowjetwelt zum wirtschaftlichen Wettbewerb mit der übrigen Welt rüstet, sollte jeder Ansatz zu einer Schwächung der Zusammenarbeit im Westen peinlich vermieden werden. Vom Standpunkte eines demokratischen Europäers wäre daher das beste Ergebnis der Tagung von Saltsjöbaden, wenn sie nicht nur Bildung eines zweiten Wirtschaftsblockes im freien Europa und damit zu einer unvermeidlichen Entzweiung führen, sondern innerhalb der EWG jenen Kräften zum Siege verhelfen würde, die bereit sind, für das Ziel einer grossen, das ganze freie Europa umfassenden Freihandelszone egoistische Aspekte zur Seite zu schieben.

Ein erstes "Guckloch" geschaffen

D.B. Während in Genf die Verhandlungen der Außenminister kaum einen Lichtblick zeigen, ist in Bonn eine Vereinbarung mit der Sowjet-Union unterzeichnet worden und damit in Kraft getreten, die den kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Austausch zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR für die nächsten zwei Jahre regelt. Vor nun einem Jahr, am 29. April 1958, hatten Bundesaußenminister Dr. von Brentano und der Erste Stellvertreter des Ministerrats der UdSSR, Anastas I. Mikojan, anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens vereinbart, auch den Kulturaustausch "auf eine feste Grundlage" zu stellen. Das Ergebnis der seit Dezember 1958 laufenden Verhandlungen ist die nun vorliegende Kulturvereinbarung.

Es handelt sich nicht um ein Kulturabkommen im klassischen Sinne, das nur einen Rahmen absteckt und staatliche Hilfe garantiert, im übrigen aber der Initiative des Einzelnen, der interessierten Kulturorganisationen und Bildungsträger freies Spiel läßt. Die jetzige Kulturvereinbarung mit der Sowjet-Union legt vielmehr im einzelnen Umfang, Zweck, Dauer und Personenkreis der Austauschvorhaben fest. Selbst Detailregelungen über die Finanzierung und über die am Austausch zu beteiligenden Berufsgruppen sind in den Anlagen zur Vereinbarung getroffen. In diesem starren Rahmen, der zum ersten Mal unsere Kulturbeziehungen zum Ausland derart staatlich steuert und bindet, sehen dann einige Generalklauseln Erweiterungsmöglichkeiten bei Bedarf vor.

Das Austauschprogramm hält sich an den Rahmen des üblichen: Gastspielreisen von Theatern und Orchestern, Buch- und Architekturausstellungen, der Austausch von Wissenschaftlern und Studenten, Studienreisen von Sachverständigengruppen aus 23 verschiedenen Fachgebieten und verschiedene Austauschvorhaben auf dem Gebiet des Sports, des Films und des Rundfunks.

Wie so häufig in unserem internationalen Kulturaustausch ist das Programm auf die Bereiche der Kunst, der Wissenschaft und auf einige Gruppen von Fachleuten aus Technik und Landwirtschaft beschränkt. Es fehlen fast völlig die Austauschmöglichkeiten für junge Ingenieure und Betriebsleiter, für Nachwuchsjournalisten oder Industriepraktikanten, also für alle diejenigen, die man heute als "mittlere Führungsschichten" bezeichnet. Auch für den Kulturaustausch mit der Sowjet-Union hat das Auswärtige Amt weitgehend an einem "Elitebegriff" festgehalten, der sogar durch die neuere wissenschaftliche Forschung über die meinungsprägenden und die Gesellschaft steuernden Gruppen überholt ist. Dabei ist es für die soziale und politische Entwicklung in der Bundesrepublik von immer größerer Bedeutung, eine exakte Kenntnis der Verhältnisse in der Sowjet-Union zu erwerben, nicht um dortige Formen zu übernehmen, um aber die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sachlich und fundiert zu bestehen.

Genau so fällt es auf, daß die Kulturvereinbarung den Jugendaustausch nicht berücksichtigt. Der Bundesjugendring hat kürzlich nach einem rein politisch begründeten Einspruch der katholischen Jugend die

Aufnahme von Verbindungen zu sowjetischen Jugendorganisationen erneut abgelehnt. So wenig im Hinblick auf den Kulturaustausch eine sensationell aufgemachte "jugendpolitische Aktion" sachgerecht und sinnvoll erscheint, so sehr ist es notwendig, daß wichtige Gruppen unserer Jugend sich aus eigener Anschauung über die Sowjet-Union ein Urteil bilden können. Die Chance eines möglicherweise fachlich gebundenen Jugendaustausches hat auch die Kulturvereinbarung außer Acht gelassen.

Doch neben diesen Lücken und Mängeln muß das vom Auswärtigen Amt vorgesehene Verfahren für die praktische Durchführung der Kulturvereinbarung erst recht Bedenken erregen. Der deutsche Austausch- und Verhandlungspartner soll in jedem Fall die "Zentrale Austauschstelle" in Bonn sein. Dieser sich in der Kulturvereinbarung verschämt "Zentrale Austauschstelle" nennende Austausch- und Verhandlungspartner ist jedoch praktisch nichts anderes als ein Referat des Auswärtigen Amtes. So wird also auch bei uns der Kulturaustausch zum ersten Mal bis ins Einzelne staatlich gelenkt und kontrolliert werden.

Der Kulturaustausch mit der Sowjet-Union sollte uns die Möglichkeit geben, unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung kommentarlos und lebendig zu demonstrieren. Wir sollten auch jede Möglichkeit nutzen, die Verhältnisse in der Sowjet-Union vorurteilsfrei und in allen Einzelheiten kennenzulernen. In der Wirtschaft, im Bildungswesen und in der Politik fehlen uns gleichermaßen Fachkräfte mit solchen Kenntnissen. Beide Ziele würden aber bedingen, daß Menschen der verschiedensten politischen Auffassungen und Vertreter aller Richtungen des kulturellen Lebens, daß gerade auch die kritischen Geister bei uns an diesem Austausch beteiligt werden. Eine solche Demonstration der freiheitlichen Demokratie ist unsere wirkliche Stärke. Jeder Versuch, politische Mission in Moskau zu betreiben, wird unserem Begriff kultureller Beziehungen nicht gerecht.

Wir wissen, daß in der Sowjet-Union jede kulturelle Äußerung und auch der Austausch mit der Bundesrepublik staatlich gelenkt wird. Das sollte aber für uns kein Grund sein, von einem diktatorischen Staat Formen kritiklos zu übernehmen. Das Auswärtige Amt erklärte selbst, "daß der Bundesregierung bisher fast jede konkrete Erfahrung für einen solchen Austausch mit der UdSSR fehlt". Eine solche Erklärung ist einfach ein Armutszeugnis. 14 Jahre nach Kriegsende fehlt also der Bundesregierung jede Kenntnis der kulturellen Entwicklung eines Landes, von dem die Frage der Wiedervereinigung fast ausschließlich abhängt. Man kann nur hoffen, daß das bisher Versäumte schleunigst nachgeholt wird.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler